

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Montag, den 15. Oktober 1923.

Die Wirkung der Gemeindeforderungen auf die Arbeitslosigkeit. Durch den wirtschaftlichen Niedergang im Jahre 1922 erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen unausgesetzt. Wurden im Jänner 1922 in Wien nur 13.000 Arbeitslose unterstützt, so stieg diese Zahl im August bereits auf 41.000 und erreichte im Jänner 1923 schon 82.813 Personen.

Unter dem Eindruck dieser Tatsachen hat die Gemeinde schon bei der Aufstellung des Voranschlags für das Jahr 1923 versucht, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, um die Arbeitslosigkeit zu mildern.

Allein in den Investitionsvoranschlägen der städtischen Unternehmungen und durch nachfolgende Zuschußkredite wurden Arbeiten und Lieferungen im Gesamtausmaß von 56.484 Millionen in den Betriebsvoranschlägen und durch sonstige Beschlüsse und Verfügungen 124.880 Millionen Kronen vorgesehen. Die Dauer dieser Arbeiten erstreckt sich teilweise bis in das Jahr 1924. Der erforderliche Arbeitsaufwand wurde mit rund 341.000 Metallarbeiterschichten und 306.000 sonstigen Arbeiterschichten, also insgesamt mit 647.000 Arbeitsschichten berechnet.

Dazu kommen nun noch jene Arbeitsschichten, die durch die großen Arbeiten der allgemeinen Gemeindeverwaltung erforderlich sind.

Die Wiener Gemeindeverwaltung hat in der verhältnismäßig kurzen Zeit von März bis Juli die bekannten drei Notstandsprogramme erstellt, die einen Gesamtaufwand von 604.057 Millionen Kronen erforderten, von denen 179.840 Millionen auf die städtischen Unternehmungen entfallen. Durch diese drei Investitionsprogramme wurden allein von den städtischen Unternehmungen Arbeitsmöglichkeiten im Ausmaß von rund 365.000 Metallarbeiterschichten und 253.250 sonstigen Arbeitsschichten, zusammen 618.250 Arbeitsschichten geschaffen. Dazu kommen dann noch die im Voranschlag und in den Notstandsprogrammen vorgesehenen Arbeiten und Lieferungen der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten, die 2.499.114 Arbeitsschichten notwendig machen, so daß also die Gesamtzahl aller Arbeitsschichten rund 3.764.000 beträgt. Selbstverständlich verteilen sich diese Beschäftigungsmöglichkeiten zu einem nicht unbeträchtlichen Teile auch auf das Jahr 1924.

Aber auch im Jahre 1923 hat dieses große Investitionsprogramm der Stadtverwaltung eine überaus günstige Wirkung auf den Rückgang der Zahl der Arbeitslosen ausgeübt. Nach dem Ausweis der industriellen Bezirkskommission in Wien, betrug die Zahl der Wiener Arbeitslosen vor dem Einsetzen der großen Bautätigkeit der Gemeinde 86.714, womit in diesem Jahre der höchste Stand erreicht war. Die Zahl der Arbeitslosen ging dann stetig zurück, während sich die Zahl der Arbeitslosen in der Zeit vom August 1922 bis Jänner 1923 verdoppelt hat, trat mit dem Einsetzen der ersten Arbeiten der Notstandsprogramme ein völliger Umschwung ein. Vom April an gefangen, sinkt die Zahl der Arbeitslosen ununterbrochen und am 22. September wurden nurmehr 51.063 Arbeitslose gezählt. Es hat also die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem stärksten Stande im März um 35.651 abgenommen. Nach vorsichtigen Schätzungen der industriellen Bezirkskommission sind durch die Notstandsarbeiten der Gemeinde Wien mindestens 30.000 Arbeitslose beschäftigt worden, so daß fast der gesamte Rückgang der Arbeitslosigkeit auf die Vorkehrungen der Gemeindeverwaltung zurückzuführen ist.

Aus dem Rathause. In dieser Woche halten der Stadtsenat und der Gemeinderat keine Sitzungen.

Neue Kunstwerke im städtischen Museum. In einem Saale des Historischen Museums der Stadt Wien im Neuen Rathause ist gegenwärtig eine Reihe von Kunstwerken ausgestellt. Es handelt sich um Ankäufe, Schenkungen und Vermächtnisse, die teils in allerjüngster Zeit, teils im Laufe der letzten Jahre dem Museum zuwachsen, aber wegen Raummangels bisher der Öffentlichkeit noch nicht gezeigt werden konnten. Durch Auswechslung sind in dieser Saale nun neu zur Schau gebracht: Zwanzig: Aquarelle und feine Zeichnungen mit Wiener Ansichten von Karl Müller, dem aus den Ausstellungen der Sezession bekannten Künstler; zwei Aquarelle von Rudolf Alt (ein Alt-Wiener Interieur und eines seiner seltenen Blumenstücke); Oelgemälde von Amerling, Julius Blaas, Olga Wisinger-Florian; eine Bronze-Ausführung der Büste Popper-Lynkeus' von C. Gelles u. a.

Die Siedlungs- und Kleingartenbewegung im Film. Die Leistungen der Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Siedlungswesens hat bedeutsame städtebauliche Probleme aufgerollt, die für die breitesten Öffentlichkeit von großem Interesse sind. Im Einvernehmen mit dem Siedlungsamt hat der Verband für Kleingarten- und Siedlungswesen eine Vortragsreihe über dieses Gebiet in der Urania festgesetzt. Am 26. Oktober wird der erste Vortrag von dem Verbandssekretär Dr. Neurath über die soziale und kulturelle Bedeutung der Kleingarten- und Siedlungsbewegung gehalten werden. Der Vortrag ist allgemein zugänglich und werden auch die Teilnehmer der österreichischen Wohnungskonferenz beiwohnen. An den darauf folgenden Freitagen werden Vorträge von Hans Kampffmeyer, Leiter des Siedlungsamtes der Stadt Wien über Städtebau und Siedlung, von Professor Josef Frank, Mitarbeiter des Verbandsbüros über Siedlungs- und Bauformen, von Verbandssekretär Bauermeister über Kleingartenwirtschaft und Siedlung, von dem Direktor der „Gesiba“ Hermann Neubacher über Siedlungs- und Bauwirtschaft und von dem Obmann des Siedlungsverbandes Adolf Müller über die Praxis der Genossenschaftsarbeit gehalten werden. Diese Vorträge werden durch Lichtbilder und Filme ergänzt und so der allgemeinen Aufklärung über das große Gebiet des Siedlungs- und Kleingartenwesens dienen. Nähere Auskünfte erteilt der Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen, XV., Moeringgasse 7.

Die Hilfer der Gemeinde für die Siedlungsgenossenschaften. Wie bereits mitgeteilt hat die Gemeindeverwaltung im letzten Notstandsprogramm einen Betrag von 30 Milliarden Kronen für die genossenschaftlichen Siedlungen bereit gestellt. In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohnungswesen wurde nach Anträgen des amtsführenden Stadtrates Weber die Aufteilung dieses Betrages vorgenommen. Es wurden vor allem Bauvorschüsse für solche Genossenschaften beantragt, die bereits weit vorgeschrittene Siedlungshäuser im Bau haben. Es erhielten die Siedlungsgenossenschaft Altsmannsdorf-Hetzendorf für ihre Anlage am Rosenhügel 4900 Millionen, für die Siedlung Hoffingergasse 4500 Millionen und für die Siedlung Lainz-Speising 1230 Millionen Kronen, wodurch voraussichtlich 148 Häuser erstellt werden können. Die Siedlungsgenossenschaft „Antäus“ für städtische Angestellte erhielt 2000 Millionen Kronen, wodurch 29 Häuser erstellt werden, die Künstlersiedlung 900 Millionen, die Siedlungsgenossenschaft „Gartensiedlung“ 2780 Millionen, die Siedlungsgenossenschaft „Laa am Berg“ 1420 Millionen, die Siedlungsgenossenschaft der Kriegsbeschädigten 1070 Millionen, die Siedlungsgenossenschaft „Neues Leben“ für die Siedlung „Biberhaufenweg“ 1200 Millionen, die Siedlungsgenossenschaft „Aus eigener Kraft“ 2900 Millionen, die Siedlungsgenossenschaft Wien-West für die Siedlung „Heuberg“ 1500 Millionen, die Siedlungsgenossenschaft Kriegerheimstätten „Hirschstetten“ 2000 Millionen und 3000 Millionen Kronen wurden für die Kernhauskredite an die „Gesiba“ nachträglich bewilligt. Durch diese finanzielle Hilfe wird es den Siedlungsgenossenschaften möglich sein, 411 Häuser zu erstellen.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 15. Oktober 1923. Abendausgabe.

Die Elektrifizierung der Stadtbahn.

Die Gemeinde ersucht die Regierung um eine Entscheidung.

Bürgermeister Reumann hat heute nachmittags an den Bundesminister für Verkehrswesen Dr. Schürff folgendes Schreiben gerichtet:

Zu wiederholtenmalen wurde mündlich und zuletzt durch das Schreiben des Herrn Vizebürgermeisters Emmerling vom 29. v. M. schriftlich in nachdrücklichster Weise darauf aufmerksam gemacht, dass die Uebergabe der Stadtbahn an die Gemeinde bis 15. Oktober erfolgen sollte, wenn wirklich Wert darauf gelegt wird, dass der Wiener Bevölkerung der elektrifizierte Verkehr im nächsten Sommer zur Verfügung steht. Jede spätere Uebergabe bedeutet nicht nur eine Verzögerung an sich, sondern schliesst die überaus schwerwiegende Unannehmlichkeit in sich, dass gerade zur Zeit der stärksten Frequenz die Stadtbahn überhaupt ausgeschaltet sein wird, da während der Bauführung naturgemäss auch der heutige Dampfbetrieb nicht aufrechterhalten werden kann. Seitens der Vertreter der Gemeinde Wien wurde immer wieder darauf verwiesen, dass es zwar innerhalb einer gewissen Grenze, soferne noch die schöne Jahreszeit ausgenützt werden kann, immerhin möglich ist, die Geleisbauten zu forzieren, dass aber bezüglich der Motore, Waggons, Oberleitung gewisse Erzeugungstermine gesetzt sind, die auch bei stärkster Anspannung nicht beliebig zusammengedrängt werden können. Die Gemeinde war wohl so vorsichtig, sich schon vor Wochen mit den in Betracht kommenden massgebenden Fabriken ins Einvernehmen zu setzen. Die Firmen wurden veranlasst sich eingehend mit den in Betracht kommenden Fragen zu beschäftigen, allfällige neue Motor- und Wagentypen zu studieren, die notwendigen Kalkulationen anzustellen damit bei Uebernahme der Stadtbahn keine Zeit mehr verloren <sup>gehe</sup>. Es ist aber selbstverständlich ausgeschlossen, dass, so lange keine Klarheit besteht, ob die Stadtbahn überhaupt an die Gemeinde übergeht, die Stadtverwaltung keine Bestellungen machen kann. Es ist ebenso klar, dass keine der in Betracht kommenden Fabriken, so sehr es auch manchen derselben an Beschäftigung mangelt, einfach auf gut Glück mit der Erzeugung dieser Spezialartikel zu beginnen vermag.

Aus Ihrer letzten geehrten Zuschrift vom 4. d. an den Herrn Vizebürgermeister Emmerling geht hervor, dass die technischen Fragen, also der weitaus schwierigste Teil, als bereinigt angesehen werden können. Wie Sie weiters mitteilen, würden nun einerseits die neue Generaldirektion der Bundesbahnen, andererseits Departements, die sich mit juristischen Formalitäten zu befassen haben, zu diesem grossen und wichtigen Problem Stellung nehmen. Infolgedessen hat sich die Gemeinde bereits am 6. d. an die Generaldirektion der Bundesbahnen gewendet, ohne dass aber bisher eine Rückäusserung erfolgt wäre.

Ich habe aus den mir fortlaufend gewordenen Berichten gerne ersehen, dass die vielfach recht schwierigen technischen Fragen in unmittelbaren mündlichen Verhandlungen zu einem guten Ende gebracht worden sind. Dass die durch die Elektrifizierung der Stadtbahn <sup>sich</sup> für die Bundesbahnen in technischer Beziehung ergebenden Verkehrsprobleme einer gründlichen Prüfung bedürft haben, erscheint verständlich. Hingegen aber wird es meines Erachtens bei der Bevölkerung, die den elektrifizierten Stadtbahnverkehr mit begreiflicher Ungeduld herbeiseht, nicht auf Verständnis stossen, dass angesichts des sehr klaren, von jeden Eigennutz freien Angebotes der Gemeinde noch langwierige Erwägungen anderer Art hemmend einwirken. Es wird nicht begriffen werden, dass der Bau Beginn

gerade in der jetzt noch günstigen Zeit mit der Wirkung verzögert wird, dass, selbst wenn endlich die Uebergabe erfolgen, die Fertigstellung nicht mehr so geschehen kann, dass das Publikum im nächsten Sommer den Nutzen davon hat. Es würde vielmehr wie ich noch einmal hervorhebe, in die überaus bedauerliche Lage geraten, weder einen elektrifizierten Betrieb, noch den wenn auch unzulänglichen Dampfbetrieb zur Verfügung zu haben.

Mit Rücksicht auf die sehr berechtigte Misstimmung, die ein solcher Zustand zweifellos auslösen müsste, erachte ich es für notwendig, die Verantwortlichkeit in dieser Angelegenheit festzulegen und erlaube mir noch einmal den dringenden Appell an Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, Ihren vollen Einfluss dahin geltend zu machen, dass die Uebergabe an die Gemeinde unmittelbar und ohne jeden weiteren Zeitverlust erfolge. Die Gemeinde hat nur das eine Streben, möglichst rasch die Elektrifizierung in Angriff zu nehmen, zumal die hierfür erforderlichen Mittel in vollen Umfange bereit stehen. Keinesfalls wird also der Gemeinde späterhin irgendein Vorwurf gemacht werden dürfen. Würden doch dem Bundesministerium nicht nur alle Pläne für den Umbau der eigentlichen Stadtbahnanlage, sondern sogar die Baupläne für die fünf Quecksilbergleichrichtstationen und die gesamte Kabelleitung, ja sogar für die in Aussicht genommenen Wagentypen unterbreitet.

Ich darf schliesslich noch insbesondere betonen, dass eine Investition von mehr als 170 Milliarden Kronen, um die es sich handelt, beim Herannahen des Winters eine so ausserordentliche Rolle spielt, dass schon diese Tatsache allein bestimmend sein müsste, die Uebergabe ohne den Verlust auch nur eines einzigen weiteren Tages zu vollziehen.

Ich sehe, sehr geehrter Herr Bundesminister, Ihrer Antwort mit Ungeduld entgegen.

Das Schreiben des Bürgermeisters wurde noch heute dem Bundesminister Dr. Schürff übermittelt

Die Arbeiterkammer und die Elektrifizierung der Stadtbahn. Das Präsidium der Wiener Arbeiterkammer teilt mit: Mit Rücksicht auf die in der Öffentlichkeit kursierenden beunruhigenden Gerüchte über die Gefahr einer Verschleppung der Angelegenheit der Elektrifizierung der Wiener Stadtbahn durch die Regierung, sprach heute eine Abordnung der Wiener Arbeiterkammer, bestehend aus dem Vizepräsidenten Ingenieur Seidel, Abgeordneten Tomschik, Wiedenhofer und den Sekretären Dr. Palla und Nowotny, bei dem Präsidenten der Verwaltungskommission der österreichischen Bundesbahnen Dr. Günther vor. Die Abordnung erbat sich Aufklärung über den Stand der Angelegenheit und über die Stellungnahme der Verwaltungskommission zu dem Projekte der Gemeinde.

Dr. Günther erklärte, dass er sich für das Projekt der Gemeinde ausserordentlich interessiere und dessen Durchführung bestens zu fördern bereit sei. Die rasche Bereinigung der besitzrechtlichen Frage in der Verkehrskommission unterliege keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten. Als Treuhänder des Vermögens der Bundesbahnen könne er sich aber erst dann endgültig für dieses Projekt entscheiden, wenn er die Ueberzeugung gewonnen habe, dass mit Rücksicht auf das zur Verfügung stehende Kapital unter den gegenwärtigen Verhältnissen kein anderes Projekt in der Lage sei, die Bedürfnisse Wiens als Verkehrsmittelpunkt für alle Zukunft ausreichend und zweckentsprechend zu befriedigen. Gegenwärtig sei er noch mit der Prüfung eines zweiten Projektes beschäftigt, das die Einführung des elektrischen Vollbahnbetriebes auf der Stadtbahnstrecke vorsieht. Es hoffe zuversichtlich in der allernächsten Zeit mit der Gemeinde Wien in dieser Frage zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Die Vertreter der Arbeiterkammer gaben der Befürchtung Ausdruck, dass die Inangriffnahme der erforderlichen Bauarbeiten und die Verge-

zung der Lieferungsufträge eine mit Rücksicht auf die herannahenden Wintermonate und die Lage der Arbeitslosen bedenkliche Verzögerung erleiden könnten; sie stellte daher das eindringliche Ersuchen, es möge alles vorgekehrt werden, um die Bauarbeiten noch vor Wintereinbruch aufnehmen zu können.

Präsident Dr. Günther sagte der Abordnung zu, dass die endgültige Entscheidung in dieser Frage voraussichtlich im Laufe von acht Tagen zu erwarten sei und er bemüht sein werde, die Erledigung dieser Angelegenheit mit aller Beschleunigung zu betreiben.

Hiezu wird seitens des Rathauses folgendes bemerkt: Das zweite Projekt, von dem Präsident Günther spricht, rührt selbstverständlich nicht von der Gemeinde her und ist ihr gänzlich unbekannt. Dieses plötzlich „auf-tauchende“ zweite Projekt ist auch der Gemeinde niemals vorgelegt worden. Wenn Präsident Günther von dem „zur Verfügung stehenden Kapital“ spricht und damit die 170 Milliarden Kronen der Stadt Wien meint, so ist es ganz selbstverständlich, dass diese Gelder ausschliesslich für das Projekt der Gemeinde, nicht aber für irgend ein anderes bereitgestellt werden. Sollten sich also die Bundesbahnen für das mysteriöse zweite Projekt entscheiden, dann müssen die Bundesbahnen natürlich auch für die gesamte Finanzierung sorgen. Das Gemeindeprojekt lässt sich nur deshalb mit der Summe von 170 Milliarden, so bedeutend sie auch ist, verwirklichen, weil eine völlige Verschmelzung von Strassenbahn- und Stadtbahnverkehr erfolgen soll. Dadurch wird es möglich sein, das Wagenmaterial und auch Personal der Strassenbahnen in den Dienst der Stadtbahn zu stellen und sehr grosse Anschaffungen zu ersparen. Ueberdies sind die Änderungen, die von der Gemeinde am Bahnkörper vorgenommen werden, bloss solche, die künftigen Möglichkeiten, wie vor allem die heute nicht spruchreife Einführung eines elektrischen Fernverkehrs keineswegs vorgreifen. Die Absicht der Gemeinde geht unter den heutigen Verhältnissen nicht dahin, einen für alle Zukunft ausreichenden Verkehr zu schaffen, sondern dem seit 1916 herrschenden unerträglichen Stadtbahnskandal vorerst ein Ende zu setzen und noch über den Friedenszustand hinaus eine sehr erhebliche Verbesserung herbeizuführen. Wenn jetzt, nach mehrwöchigen Verhandlungen und der erfolgten Zustimmung der Techniker des Bundesministeriums für Verkehrswesen die Bundesbahnen mit einem Male ein zweites Projekt studieren wollen, das sie bisher vollständig verborgen gehalten haben, so ist dies - wie offen erklärt werden soll - nichts anderes als planmässige Sabotage. Der Zweck ist zweifellos, die Stadtbahn keinesfalls vor den Wahlen der Gemeinde zu übergeben, mag auch inzwischen die kostbare Bauzeit uneinbringlich verlorengehen.

Die Enquete über den Donaufreihafen. Morgen (Dienstag) um 10 Uhr vormittags beginnt im Neuen Wiener Rathause die vom Bürgermeister Reumann einberufene Enquete über die Schaffung eines Freihafens. Das einleitende Referat hält Kommerzialrat Karl Fritz, Vizepräsident des niederösterreichischen Gewerbevereines. Die Zahl der Anmeldungen ist eine ungemein grosse, woraus das lebhafteste Interesse der Oeffentlichkeit an dieser Gelegenheit zu ersehen ist. Voraussichtlich wird die Enquete auch noch den nächsten Tag in Anspruch nehmen.

Die Verbandswahlvorschläge. Innerhalb der gesetzlichen Frist haben folgende Parteien Verbandswahlvorschläge für das zweite Ermittlungsverfahren für den Nationalrat eingebracht: Sozialdemokratische Partei: 1. Ferdinand Skaret, Parteisekretär, Otto Glöckel, zweiter Präsident des Stadtschulrates, Adelheid Popp, Redakteurin, Otto Bauer, Redakteur, Matthias Eldersch, Privatbeamter, August Forstner, Sekretär, Laurenz Widholz, Gehilfenobmann der Tischler, Karl Leuthner, Redakteur, Wilhelm Ellenbogen, Arzt, Anton Hueber, Vorsitzender der Gewerkschaftskommission, Eduard Rieger, Schriftsteller, Gabriele Proft, Frauensekretärin, Julius Deutsch, Schriftsteller, Josef Wiedenhofer, Metallarbeiter. Jüdische Wahlgemeinschaft: Robert Stricker, Oberbaurat, Desider Friedmann, Rechtsanwalt, Gustav Löwy, Kaufmann, Dr. Leopold Plaschkes, Rechtsanwalt, Kaisertreu e Volkspartei (Schwarzgelbe Legitimisten): Gustav Wolff, Oberst a. D., Rudolf Weisz, Kabinettsbeamter a. D., Therese Trawnitzek, Fabrikantensgattin. Bürgerlich-Demokratische Arbeitspartei: Ottokar Czernin, Minister des Aeussern a. D., Max Friedmann, Maschinenfabrikant, Dr. Josef Wirth, Hofrat, Dr. Paul Julius Magg, Bankbeamter, Leopold Pauer, Oberbaurat, Dr. Heinrich Klang, Hofrat, Josef Vinzl, Vizepräsident. Christlichsoziale Partei: Dr. Ignaz Seipel, Universitätsprofessor, Eduard Heindl, Direktor, Matthias Partik, Kaufmann, Dr. Heinrich Mataja, Rechtsanwalt, Franz Spalovsky, Zeitungsverwalter, Leopold Kunschak, Redakteur, Friedrich Schönsteiner, städtischer Verwaltungsekretär, Karl Vauggin, Bundesminister, Richard Schmitz, Direktor, Dr. Viktor Kienböck, Finanzminister, Friedrich Reiner, Ingenieur, Ernst Wease, Gesandter a. D., Jo- hann Wancura, Kommerzialrat, Josef Gerhold, Handelskammerrat, Franz Haider, Bundesbahnangestellter, Dr. Franz Odehnal, Ministerialrat, Otto Volker, Bürgerschullehrer, Dr. Anton Jerzabek, Städtischer Oberarzt, Josef Heigel, Dachdeckermeister, Robert Krasser, Realschulprofessor, Dr. Hans Zessner-Spitzenberg, Sektionsrat, Marie Wielsch, Haushalt, Ludwig Biber, Ingenieur, Aloisia Schirmer, Haushalt, Franz Hussarek, Obefst a. D., Rudolf GSchladt, Dr. Josef Pultar, Ministerialrat, Ingenieur Josef Jansen, Bauinspektor. Verband der Grossdeutschen und des Landbundes: Hermann Kandl, Goldschmied, Felix Frank, Dr. Vizekanzler, Dr. Leopold Waber, Bundesminister a. D., Emmy Stradal, Abgeordnete, Ferdinand Ertl, Gewerkschaftsbeamter, Dr. Otto Wagner, Sozialversicherungsbeamter, Dr. Wilhelm Frey, Apotheker, Lotte Furreg, Abgeordnete, Richard Lunzer, Gewerkschaftsbeamter, Dr. Alois Blümel, Rechtsanwalt, Hubert Partisch, Realschuldirektor.